



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/IX/138 - 21.6.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Die Reorganisation der sowjetischen Militär- administration	S. 1
Britische Auseinandersetzungen um die EVG	S. 3
Mehr Schutz für Fußgänger	S. 5
Die Internationale und die Saarfrage	S. 7

## Zweigleisigkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik

Th. Von sowjetischer Seite ist zum Wochenende mitgeteilt worden, daß die Vertretungen der sowjetischen Hochkommission bei den Verwaltungsbezirken der Sowjetzone aufgelöst werden und der Apparat der sowjetischen Hochkommission um zwei Drittel seines Bestandes verringert wird. In der Begründung wird auf den Beschluß der Sowjetregierung über die Aufnahme "der gleichen Beziehungen mit der DDR wie mit anderen souveränen Staaten" hingewiesen. Gleichzeitig wird die "Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der DDR" durch den sowjetischen Apparat aufgehoben.

Man könnte die Verringerung des sowjetischen Kontrollapparates in der Sowjetzone - es handelt sich dabei um ca. 7.000 Personen - und die Aufhebung der Überwachung der staatlichen Organe als eine verspätete Konsequenz der sowjetischen Erklärung über die Souveränität der Sowjetzone vom 26. März ansehen. Wenn man bedenkt, daß die zentrale Führung der sowjetischen Kontrollkommission in Karlshorst bestehen bleibt und das Instrument der Sowjets in Mitteldeutschland, die SED, über die von ihr kontrollierten Bezirksräte im Lande die Gewalt faktisch weiterhin ausübt, dann kann man die letzte Karlshorster Maßnahme als etwas abtun, was praktisch ohne Bedeutung ist. Zu diesem Zeitpunkt herausgebracht, sollte die sowjetische Erklärung den Vorsprung markieren, der in dem Rennen zwischen Pankow und Bonn um die

Anerkennung der "Souveränität" durch die Besatzungsmächte jetzt bei Pankow liegt.

- Von sowjetischer Seite ist man bestrebt, die neueste Maßnahme als eine wichtige Etappe in der sowjetischen Deutschlandpolitik anzusehen. Auch das Entgegenkommen auf dem Gebiet des Interzonenverkehrs und die Erleichterungen im Sperrgebiet entlang der Zonengrenze, die in den letzten Tagen verkündet worden sind, sind von sowjetischer Seite als Beiträge zur Verbesserung des politischen Klimas in Deutschland gedacht. Man könnte diese letzteren Maßnahmen als derartige Entspannungsbeiträge begrüßen, wenn nicht gleichzeitig parallel zu diesen Maßnahmen eine Verschärfung des Ulbricht-Kurses in der Zone erfolgen würde. An dem Tage der Veröffentlichung dieser Maßnahmen erschien von Ulbricht gleichzeitig ein Artikel im "Neuen Deutschland" über die politische Zielsetzung der SED, der darauf hindeutet, daß man bei den Machthabern von Pankow keinesfalls daran denkt, den Sowjetisierungskurs zu ändern, der seit dem IV. Parteitag der SED in verschärfter Form wieder betrieben wird und am Ende des Monats durch das sogenannte "Volksbegehren" legitimiert werden soll.

Man sollte auf sowjetischer Seite endlich erkennen, daß es zwar jahrelang in der sowjetischen Politik üblich war, auf mehreren Gleisen zu fahren, doch diese politische Mehrgleisigkeit in der sowjetischen Deutschlandpolitik zu dem Trümmerfeld geführt hat, das als Endstation den 17. Juni 1953 hatte. Wenn man in Karlshorst glaubt, auf der einen Seite mehr oder minder bedeutungsvolle Gesten machen zu können, andererseits jedoch die Pankower Marionetten mit Ulbricht an der Spitze in ihrer einseitigen Scharfmacherpolitik weitermachen läßt, dann muß man wissen, daß man so nicht zu einer Veränderung des politischen Klimas gelangen kann, sondern nur zu einer Verhärtung der Fronten in Deutschland.

+ + +

Labour Party und deutscher Wehrbeitrag

FS - London

Seit Beendigung des Krieges hat in Großbritannien kein Problem der Außenpolitik soviel Widerspruch ausgelöst wie die deutsche Wiederaufrüstung. Der RiS geht nunmehr durch die gesamte Bevölkerung, zieht sich durch alle Parteien und trennt sie in Flügel, die weder mit rechts noch mit links zu bezeichnen sind, weil ihnen Abgeordnete aller Richtungen angehören.

Die Meinungsverschiedenheiten breiten sich auch innerhalb der Labour Party aus. Vorstand und Unterhausfraktion haben sich für die Aufrüstung Westdeutschlands entschieden. Diese Beschlüsse haben örtliche und bezirkliche Organisationen, Kongresse der Gewerkschaften und Kongressgenossenschaften abgelehnt. Wenn man bedenkt, daß bisher nur eine einzige Organisation der großen Trade Union, der Gewerkschaftenverband, die Entscheidung der Labour Exekutive deckt, ist es erklärlich, daß die Zentralen der Partei und Gewerkschaften mit Hochdruck arbeiten, um ihre im September und Oktober stattfindenden Jahresversammlungen entsprechend vorzubereiten.

Ende vorigen Monats beschloß die Labour Führung, Bezirkskonferenzen einzuberufen, "um die Politik der Exekutive für einen deutschen Beitrag zur Kollektivsicherheit des Westens zu verteidigen und verständlich zu machen". Gleichzeitig wurde die Veröffentlichung einer Broschüre angekündigt, die jetzt unter dem Titel "Die Verteidigung Europas" erschien.

Sie beginnt mit der in Potsdam von Attlee, Truman und Stalin getroffenen Feststellung, daß es nicht "die Absicht der Alliierten ist, das deutsche Volk zu zerstören oder zu versklaven. Es ist vielmehr die Absicht, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, sich auf eine schließliche Wiederherstellung seiner Lebensmöglichkeiten auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage vorzubereiten. Wenn seine Anstrengungen stetig auf dieses Ziel gerichtet sind, wird es ihm möglich sein, einen Platz zwischen den friedlichen und freien Nationen einzunehmen". Von dieser Erklärung ausgehend, wird gefragt, ob die Zeit schon gekommen sei, der Bundesrepublik diesen Platz anzubieten. Die Bonner Verträge, so sagt die Broschüre, öffnen ihr den Weg zur Selbständigkeit. Er wird

aber erst dann frei, wenn die EVG Wirklichkeit würde. Erfolgt die Ratifizierung nicht, "ist es sehr zweifelhaft, ob es möglich oder wünschenswert ist, auf den Geist oder die Absichten der Bonner Verträge zurückzukommen".

Die Broschüre ist zwar für den englischen Leser bestimmt, den der Parteivorstand beeinflussen, und dem er ein Gefühl der Sicherheit geben will. "Jede Vorsichtsmaßnahme gegen die Gefahr eines deutschen Verteidigungsbeitrages ist getroffen". Aber auch der besorgteste Labour-Funktionär müßte sich schließlich fragen, warum die deutsche Bundesrepublik, der noch dazu eine "echte Demokratie" bescheinigt wird, auf "eine volle Autorität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten" verzichten muß, wenn Frankreich oder Italien nicht bereit sind, die EVG-Verträge anzuerkennen. Der unvoreingenommene englische Leser gewinnt weiter die Überzeugung, daß der Unterschied zwischen EVG und NATO "einfach eine Differenz des Verfahrens" darstellt, wobei er allerdings etwas später in zwei Zeilen darauf hingewiesen wird, daß eine direkte Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO "unabhängige bewaffnete Kräfte für Westdeutschland bedeute, wie sie auch andere Nationen haben". Sollte aber die EVG nicht Wirklichkeit werden, müßte eine andere Regelung gefunden werden. "Es mag sein, daß NATO die nächst beste ist". Auch die deutschen Sozialisten "würden eine direkte Mitgliedschaft in NATO annehmen". Aber "die drei Westmächte und die Regierung der Bundesrepublik wünschen keine Verteidigungs-Einrichtung, die eine unabhängige deutsche Armee fornt".

Ohne Zweifel nimmt die Exekutive der Labour Party erschöpfend zur deutschen Aufrüstung Stellung. Und so ist auch ein anderer Grund, der von englischem Standpunkt für die Wiederbewaffnung spricht, sehr offen behandelt. "Die Deutschen haben bisher nur zu den Kosten der Besatzung beigetragen, wodurch sie in eine besonders günstige wirtschaftliche Position gebracht wurden. Die Bundesrepublik hat alle Arbeitskräfte für die Friedenswirtschaft einsetzen können und wurde dadurch ein gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt. Gibt man ihr, ohne sie mit einem Verteidigungsbeitrag zu beschäftigen, lediglich die Aufgabe, wirtschaftliche Hilfe an ökonomisch unterentwickelte Länder zu leisten, würde sie in eine noch stärkere Position gelangen".

Die Broschüre enthält keine Argumente, die nicht schon seit

Monaten aus allen Lagern kommen, in denen sich die Befürworter der deutschen Aufrüstung befinden. Gleichzeitig aber wird auch die Propaganda ihrer Gegner intensiver und erfolgreicher. Je mehr sich die Öffentlichkeit mit der deutschen Aufrüstung beschäftigt, das haben die letzten Wochen gelehrt, je stärker und grundsätzlicher wird sie abgelehnt.

+ + +

"Zebra hat Vorfahrt"

F.v.B. Die moderne Zivilisation kämpft verzweifelt gegen zwei "Staatsfeinde Nr.1", gegen die Massenmörder-Krebs und Verkehr an. Noch so häufige Sensationsartikel in einer gewissen Tagespresse und in bestimmten Illustrierten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf gegen den Volksfeind Krebs noch nicht gewonnen ist. Und die noch immer zunehmende Zahl an Verkehrsunfällen mit und ohne tödlichen Ausgang beweist, wie schlecht wir dem ständigen Überfall des Molochs Verkehr begegnen. Gewiß, die unzulänglichen Straßenverhältnisse in der Bundesrepublik tragen ihr gerüttelt Maß an Schuld. Sie haben dem Überdruck der Verkehrsentwicklung nicht standgehalten, konnten es auch nicht, weil weder in den letzten Jahren, noch gegenwärtig genügend Ablassventile durch vermehrten Straßenbau geschaffen wurden. Ein genaues Studium aller Verkehrsunfälle zeigt jedoch, daß ihre Häufigkeit in ursprünglichen Zusammenhang steht mit den dichtesten Zusammenballungen der Bevölkerung, d.h. der Verkehr findet seine meisten Opfer in den Städten und Dörfern.

Hier prallen zwangsläufig die drei stärksten Gruppen der Verkehrsteilnehmer an heftigsten aufeinander, Fußgänger, Radfahrer und Autos. Dabei stellt sich immer wieder die mangelnde Kenntnis der Verkehrsvorschriften heraus, wie ihre Anwendung von Angehörigen aller drei Gruppen bewußt oder mit sträflichen Leichtsinns nachgelassen wird und... eine nicht mehr zu übersehende fast geschlossene Rücksichtslosigkeit zweier Gruppen gegenüber den Fußgängern. Nun hat die Konferenz der Länderverkehrsminister einen sehr brauchbaren Vorschlag zum Schutze der Fußgänger in die Nähe einer gesetzlichen Verwirklichung gerückt. Danach sollen die Fußgänger in den Städten (warum nicht auch in den Dörfern?) künftig "Vorfahrtsrecht" gegenüber den Autos und Radfahrern genießen. Auf Straßenübergängen, die mit schwarz-weißen "Zebrastrreifen" markiert sind, sollen sie rasch und ohne ständige Todesangst vor heranbrausenden

Autos, Motorrädern und sich rücksichtslos durchwindenden Radfahrern das sichere Ufer der Bürgersteige erreichen können.

Wie gesagt, ein brauchbarer und daher guter Vorschlag. Findet er seine gesetzliche Verankerung in den Verkehrsvorschriften, die ja für jeden Verkehrsteilnehmer gelten, erhält der Fußgänger das Gefühl, es wird endlich auch für ihn einmal etwas von "gesetzeswagen" getan. Er wird wenigstens an bestimmten Stellen des Verkehrs besser geschützt, nicht mehr Freiwild für undisziplinierte Verkehrsteilnehmer sein. Weil als Folge der "Zebrastreifen" die Fahrgeschwindigkeit in den Straßenschluchten herabgedrosselt würde, dürfte sich durch "die leichte Hand" die allgemeine Fahrdisziplin sukzessive erhöhen. Diese automatische Geschwindigkeitsminderung würde, da generelle Verbote unbeliebt sind, die Kommunen sehr oft von der unangenehmen Pflicht, Geschwindigkeitsbeschränkungen erlassen zu müssen, befreien.

Allerdings sollte auf allen Seiten Klarheit darüber bestehen, daß die "Zebrastreifen" nur ein Mittel, nicht das alleinige Mittel zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle sein würden. Wo ständig Polizei oder Ampeln den Verkehr regeln, sind sie überflüssig, weil selbstverständlich das "Grün" der Automatik oder das "Freie Fahrt" des Verkehrspostens vorrangig bleiben müssen. Ihre allzu starke Häufigkeit innerhalb ständig vorhandener Verkehrsregelung könnte das Verkehrschaos ins Uferlose steigern. Nur in der sparsamen Anwendung der "Zebrastreifen" auf städtischen und dörflichen Hauptverkehrsstraßen liegt ihr Schutz für den Fußgänger und ihre Hilfe im Kampfe gegen die Gefahren des Verkehrs. Überall wo an Straßenecken Stoppchilder oder das auf die Spitze gestellte Dreieck stehen, sollten sie unbedingt bald zu finden sein. Hier wäre durch ihre rasche Einführung allen Verkehrsteilnehmern gleichermäßen gedient, ebenso der Justiz, die gerade an diesen Stellen am schwierigsten die Schuldfrage bei Unfällen klären kann.

So schützend und hilfreich zweifellos "Zebrastreifen" sein könnten, der beste Schutz bleibt nach wie vor Kenntnis der Verkehrsvorschriften, Disziplin und gegenseitige Rücksichtnahme. Das heißt, es liegt an uns Menschen, wenigstens eines "Staatsfeindes Nr. 1" endlich Herr zu werden.

+ + +

Saarkonferenz der Sozialistischen Internationale

(sp) Am kommenden Wochenende werden in Paris die europäischen Sozialisten über das Saarproblem beraten. Der Ursprung dieser Konferenz liegt in einer Beschwerde der SPD begründet, - einer Beschwerde, die sich gegen die Sozialdemokratische Partei Saar (SPS), richtet und der vorgeworfen wird, fortlaufend sozialdemokratische Grundsätze verletzt zu haben. Diese Partei hat sich mit Genehmigung des damaligen französischen Militärgouverneurs und heutigen französischen Botschafters, Grandval, 1946 im Saargebiet konstituiert und sich von der SPD losgesagt. Die SPS hat der Politik der Besatzungsmacht immer ein sehr williges Ohr geliehen und dem Hoffmann-Regime in all' seinen Begleiterscheinungen Beihilfe geleistet; ja, man muß sagen, sie war bei Unterdrückungsmaßnahmen gegen solche Personen, die dem Separatismus Widerstand entgegensetzten, oft die treibende Kraft. Die internationale Konferenz in Paris wird sich wahrscheinlich aber nicht nur mit der Klage der SPD gegen die SPS beschäftigen, sondern auch den Saarkomplex in seiner Gesamtheit ansprechen.

Die Sozialistische Internationale hat sich schon einmal, und zwar am 2. Juni 1950 in Kopenhagen mit dem Saarproblem befaßt und dazu eine EntschlieÙung einstimmig angenommen. Inzwischen ist natürlich viel Wasser die Seine und den Rhein herabgeflossen und es wird sich erweisen müssen, ob die damalige EntschlieÙung für die europäischen Sozialisten immer noch richtungweisend ist, oder ob neue Wege gezeigt werden müssen. Die Kopenhagener EntschlieÙung stellte fest, daß zwar starke wirtschaftliche Bindungen zwischen dem saarländischen Kohlenbergbau und dem lothringischen Erzbergbau bestehen, daß diese Abhängigkeit aber keine totale sei und der deutsche Markt für die Saarindustrie ebenfalls sehr wichtig ist. Die internationale Konferenz vertrat deshalb die Auffassung, daß eine völlige Eingliederung der saarländischen Volkswirtschaft in die französische nicht erforderlich sei und daß man die Probleme am besten durch Wirtschaftsverträge zwischen Deutschland und Frankreich bereinigen könne.

Die Konferenz war damals der Meinung, die Reparationsfragen müÙten zwischen Deutschland und allen Geschädigten gelöst werden - wozu sich die SPD bereiterklärte - daß aber dieses Problem durch die von Frankreich an der Saar geschaffene Ordnung nur für Frankreich teilweise

geregelt worden sei. Das französische Verlangen nach Sicherungen gegenüber Deutschland glaubte die Konferenz auf die Basis einer europäischen oder atlantischen Zusammenarbeit verweisen zu müssen. Prinzipiell aber diene die Abtrennung deutscher Gebiete nicht der Friedenssicherung, weil sie den Nationalismus in Deutschland stärken. Die damalige Konferenz bedauerte, daß die französisch-saarländischen Konventionen den Eindruck entstehen ließen, als wolle Frankreich vollendete Tatsachen schaffen, die nach Meinung der Sozialistischen Internationale dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müssen. Es wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die deutsche Regierung bei Schaffung der französisch-saarländischen Ordnung nicht hinzugezogen wurde.

Die wirtschaftlichen Fragen des Saarproblems sollten nach Meinung der Konferenz dadurch gelöst werden, daß die Macht über die Saarindustrie an eine überstaatliche, europäische Organisation übertragen werde. Für die Form einer solchen Übertragung wurden die Vorschläge der SPD, die in einer 1949 erschienenen Denkschrift zum Ruhrproblem festgelegt sind, und die Vorschläge des damaligen französischen Außenministers Schuman zur Vereinigung der europäischen Kohle- und Stahlindustrie in Erwägung gestellt.

Leider sind die Empfehlungen der sozialistischen Konferenz von Kopenhagen in keinem einzigen Fall an der Saar angewandt worden. Die einseitige Ausrichtung nach Frankreich ist geblieben, ebenso die unbegrenzte französische Herrschaft über das Saargebiet. Der Europarat hat in jüngster Zeit durch seinen allgemeinen politischen Ausschuss feststellen müssen, daß diese Verhältnisse mit undemokratischen Methoden aufrechterhalten werden und der Saarbevölkerung wesentliche Menschenrechte vorbehalten bleiben. Daneben wurde in den Jahren seit dieser Konferenz eine wirtschaftliche Entwicklung sichtbar, die für die Prosperität der Saarwirtschaft stärkste Befürchtungen aufkommen läßt. Obwohl Frankreich das Saargebiet mit Haut und Haaren in seinen Wirtschaftsbereich einbezog, hat es der Entwicklung des Gebietes bis zum heutigen Tage nur wenig Interesse entgegengebracht. Die Auswirkungen dieser Politik werden in immer bedrohlicherem Maße für die Saarwirtschaft sichtbar. Die enorm durch Subventionen entwickelte lothringische Kohle- und Stahlindustrie drückt die Saarwirtschaft vollkommen zurück und macht dieser ihre traditionellen Märkte in Süddeutschland streitig. Im Interesse der Saarbevölkerung muß dieser Zustand bald geändert werden, wenn einer Million deutscher Menschen im Westen der Arbeitsplatz in ihrer Heimat erhalten bleiben soll. Die Herstellung demokratischer Freiheiten für diese Menschen ist ein unverzichtbarer Anspruch aller europäischen Sozialisten. Die Verwirklichung dieser Freiheiten darf kein Handelsobjekt sein.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau